

Scheuch, Erwin K.

**Article — Digitized Version**

## Vom Nutzen und der Gefährdung der Sozialwissenschaften heute

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scheuch, Erwin K. (1972) : Vom Nutzen und der Gefährdung der Sozialwissenschaften heute, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 1, pp. 33-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134352>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Vom Nutzen und der Gefährdung der Sozialwissenschaften heute

Erwin K. Scheuch, Köln \*

Die Nutzung von Ergebnissen der Sozialwissenschaften hat erst begonnen. Tatsächlich können die Sozialwissenschaften auf vielfältige Weise dazu beitragen, die Qualität unseres Lebens zu verbessern. Diese Möglichkeiten zu vergrößern, insbesondere auch durch Zusammenarbeit mit politischen Instanzen, ist eine aktuelle Aufgabe für die Organisationen der Sozialwissenschaften.

Stadtplanung, Organisation von Krankenhäusern, Ausgestaltung der Fürsorgesysteme für alte Menschen, Medienpolitik – dies sind einige der Problemgebiete, bei denen heute von öffentlichen Instanzen der Rat von Sozialwissenschaftlern gesucht wird. Die Wirtschaftswissenschaften nahmen und nehmen hier eine Pionierrolle für andere Sozialwissenschaften ein.

Heute gehört es schon zum Berufsbild des Sozialwissenschaftlers, als Ratgeber und/oder angewandter Forscher tätig zu sein. Zweifellos ist dies ein Weg, der Wissenschaft aus den Erfahrungen mit Anwendung heraus neue Impulse zu verleihen. An sich müßten beide, Sozialwissenschaftler und Praktiker, diese Entwicklung begrüßen. Tatsächlich bringt diese Verzahnung von Wissenschaft und Praxis in ehemals rein akademischen Disziplinen zahlreiche Spannungen mit sich.

Ein Teil der Spannungen zwischen Sozialwissenschaftlern und den von ihnen Beratenen sind sicherlich Anpassungsprobleme. Das Beispiel der Wirtschaftswissenschaften – und mit geringeren sozialen Konsequenzen der Umfrageforschung – läßt jedoch vermuten, daß erhebliche Spannungen bestehen bleiben. Diese Spannungen spiegeln die unterschiedlichen Orientierungen zwischen zwei Rollen wider: der Rolle des Wissenschaftlers und der des Politikers (als Prototyp des an Anwendung Orientierten).

Von den Gefährdungen der Wissenschaft als Mittel der Information lenken einige Problem-

\*) Vorbemerkung zur ersten wissenschaftlichen Arbeitstagung der „Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute“ in Bonn, 9. Dezember 1971 (gekürzte Fassung).

stellungen eher ab, die heute vorwiegend in den Feuilletons hervorgehoben werden. Da wird einmal prinzipiell vor einer Verbindung zwischen Wissenschaft und Anwendung gewarnt, denn damit werde die Wissenschaft irgendwelchen „Verwertungsinteressen“ unterworfen. Wird dieser Vorwurf von sogenannten Progressiven oder von Neo-Marxisten erhoben, so drückt er einen bloßen und absolut unerheblichen moralischen Tadel aus, daß ein zur Erlösung („Emanzipation“) des Menschen bestimmtes Mittel für banausische Zwecke mißbraucht werde. Ein solcher Vorwurf, von Marxisten erhoben, behauptet eine Unterwerfung der Wissenschaft unter die Interessen eines „Systems“. Marxisten erkennen nämlich ein letztlich einheitliches Interesse eines „Systems“, wo wir als Sozialwissenschaftler lediglich eine Mehrzahl und Gegensätzlichkeit von Interessen ausmachen können.

## Die Problematik des Herrschaftswissens

Ernsthafter ist die Problematik, die von Max Weber als Herrschaftswissenschaften umschrieben wird. Damit eine solche Problematik entstehen kann, wird allerdings eine praktische Anwendbarkeit unterstellt, die heute noch keineswegs für alle Spezialitäten im Katalog der Sozialwissenschaften wirklich gegeben ist. Nicht selten ist Herrschaftswissen durch Wissenschaft bloße Illusion und für den Herrschaft Suchenden faktisch das Gegenteil des vermuteten Vorsprungs an Einfluß.

Gleichgültig, ob die Vermutung von Herrschaftswissen zu Recht oder Unrecht besteht, sind doch die Konsequenzen für die jeweils betroffene Sozialwissenschaft ähnlich: Es wird versucht, die Ergebnisse für sich zu monopolisieren. Die Gegenstrategie der Wissenschaftler ist offensichtlich:

*Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, 43, ist Direktor des Instituts für vergleichende Sozialforschung der Universität Köln.*

Es muß möglich sein, daß sich Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Absichten die notwendigen Ergebnisse beschaffen können. Entscheidend ist mithin nicht, ob ein bestimmtes Institut seine Ergebnisse nur an einen Auftraggeber verkauft — wie dies etwa für privatwirtschaftliche Institute der Markt- und Meinungsforschung gilt —, sondern daß der Typ von Informationen für alle erhältlich bleibt.

Die größte Problematik ergibt sich jedoch aus dem sozialen Erfolg der Veranstaltung: Wissenschaft. Sie setzte sich in Konkurrenz mit dem Geltungsanspruch der Kirchen durch und hatte seither bei Konfrontationen mit anderen traditionellen Autoritäten jeweils Erfolg. Insbesondere die Sozialwissenschaften wirken zerstörend für konventionelles Denken in allen Lebensbereichen, verstärken mithin noch die anti-konventionelle Wirkung von Wissenschaft.

Als wichtiges Resultat dieses Prozesses gilt die „Wissenschaftsgläubigkeit“. Sie erlaubt es Wissenschaftlern, auch außerhalb ihrer Sachkompetenz das Prestige von Wissenschaft für die eigenen Ansichten einzusetzen. Bestünde die sich aus dem sozialen Erfolg von Wissenschaft ergebende Problematik nur oder vornehmlich darin, sachlich ungedeckte Autoritätsansprüche von Wissenschaftlern auf das vertretbare Maß zurückzuführen, so wäre die mögliche Korrektur offensichtlich: Das System der Selbstkontrolle unter den Wissenschaftlern wäre zu intensivieren. Die Konsequenzen des relativen Erfolgs von Sozialwissenschaften sind jedoch gravierender — auch für die Sozialwissenschaften selbst.

### **Heimatloses Deutungsinteresse**

Durch Wissenschaft allgemein, und speziell durch Sozialwissenschaften, ist das früher an Instanzen wie die Kirche gerichtete Deutungsinteresse heimatlos geworden. Dieses heimatlos gewordene Deutungsinteresse richtet sich notwendig immer wieder an die obsiegende Instanz Wissenschaft. Als Wissenschaft mit dem nun einmal notwendig eingeschränkten Erklärungsbereich und angesichts der grundsätzlichen Unmöglichkeit der Begründung eines Telos aus der Wissenschaft heraus, müßte diese das Deutungsinteresse zurückweisen. Wenngleich immer wieder einzelne Wissenschaftler der Versuchung erliegen, die Nachfolge der Theologen anzutreten, so hat doch Wissenschaft insgesamt als organisierte Veranstaltung diesem Anspruch an sich nicht nachgegeben.

Mit dieser Zurückweisung allgemeiner Deutungsinteressen entsprechen gewiß die Wissenschaftler nur den Grenzen, die nun einmal für ihre Ausagemöglichkeiten gelten. Es sind ja nicht die

fehlenden Erkenntnisinteressen — wie Habermas in seinem permanenten Mißverständnis von Wissenschaft schreibt —, sondern fehlende Kenntnismöglichkeiten, die Grenzen für den Wissenschaftler als Wissenschaftler setzen. Mit dieser Selbstbeschränkung ist jedoch die Existenz von Deutungsinteressen nicht aus der Welt geschafft. Und die Unmöglichkeit einer Befriedigung des Deutungsinteresses durch Wissenschaft sagt selbstverständlich nichts aus über die Legitimität eines solchen Interesses. Wer diese Deutungsinteressen nun befriedigt, gewinnt Macht. Verständlicherweise bieten sich immer wieder Instanzen an, das heimatlose Deutungsinteresse zu organisieren. Besondere Bedeutung haben politische Weltanschauungen gehabt und dürften sie weiter haben.

### **Der Anspruch von Weltanschauungen**

Diese Weltanschauungen enthalten charakteristischerweise auch Aussagen über Realphänomene, und insofern ergibt sich hier speziell für die Sozialwissenschaften die gleiche Konkurrenzsituation zu einer neuen quasi-theologischen Instanz, wie sie früher zwischen Naturwissenschaften und Theologie bestand. Auf zweifache Weise wird die Existenz von Wissenschaft als einer Instanz, innerhalb deren Geltungsbereich nur deren eigene Regeln gelten, vom Anspruch der Weltanschauungen beeinträchtigt: Einmal werden Weltanschauungen verständlicherweise als wissenschaftlich begründet ausgegeben; erinnert sei an die Begründung nationalsozialistischer Lehren mit angeblichen biologischen Gesetzmäßigkeiten oder an die Designation „wissenschaftlicher“ Sozialismus oder an die Bezeichnung „Christian Science“. Zum anderen beanspruchen Weltanschauungen eine Jurisdiktion über einen Teil der Wissenschaft — üblicherweise über Sozialwissenschaften —, weil sie „Wissenschaften der zweiten Potenz“ (Picht) seien. Diese „Wissenschaften der zweiten Potenz“, oder „emanzipatorischen Wissenschaften“, oder Wissenschaften des „Volkes“, begründen ihren Herrschaftsanspruch gegenüber den „eindimensionalen“ Fachwissenschaften mit einer überlegenen Erkenntnisgrundlage. Solche Formeln wie „Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft“ (erst beim Glauben an diese ließen sich Fakten deuten) oder „emanzipatorisches Erkenntnisinteresse“ sind Beispiele für die Rhetorik dieses Herrschaftsanspruchs. Er kann nur Erfolg haben, weil er zugleich das heimatlose Deutungsinteresse anspricht und seinen Aussagen die Gewißheit der Autorität von Wissenschaft verleiht.

### **Begrenzte Widerstandskraft**

Wissenschaft läßt das Deutungsinteresse heimatlos werden; und Wissenschaft setzt sich als letzte

Autorität durch. Mit diesen beiden („gesellschaftlichen“) Folgen ihres Erfolges scheint die Veranstaltung genannt „Wissenschaft“ auch die Voraussetzung für ihre eigene Gefährdung geschaffen zu haben. Zumindest in Teilen wird sie immer wieder in Pflicht genommen für extra-wissenschaftliche Bedürfnisse und von außenwissenschaftlichen Instanzen. Die schwersten Gefährdungen der Wissenschaft heute ereignen sich im Namen des Anspruchs, „wahre“ wissenschaftliche Erkenntnis zu repräsentieren und sozial durchzusetzen. Und das bevorzugte Objekt dieser Verpflichtung auf Weltanschauung sind die Sozialwissenschaften.

Die Veranstaltung Wissenschaft insgesamt pflegte sich auf die Grenzen ihrer Erkenntnismöglichkeiten zu beschränken. Die jeweiligen Einzelfächer, die von bevorzugter Bedeutung für die Weltanschauungen waren, waren jedoch öfter weniger zurückhaltend. Beispiele waren die begrenzte Widerstandskraft der Historiker gegenüber der Einladung, eine wissenschaftliche Begründung für nationalistische Ideologien zu liefern, oder die Haltung mancher Biologen gegenüber dem Nationalsozialismus bzw. dem Stalinismus. Es wäre schon sehr verwunderlich, wenn solche Sozialwissenschaften wie Politologie oder Soziologie gegenüber der Einladung, sich mit erfolgversprechenden Weltanschauungen oder Bewegungen zu verbünden, widerstandsfähiger wären als andere Fächer in der Vergangenheit. Vielleicht ist die Nationalökonomie widerstandsfähiger. In der unterschiedlichen Reaktion der einzelnen Sozialwissenschaften auf die Einladung, Theologie für Ideologien und die sie tragenden Gruppen zu werden, könnte sich erweisen, wie unterschiedlich groß die wissenschaftliche Substanz der verschiedenen Fächer war.

#### **Rollenkonflikte der Wissenschaftler**

Sicherlich sind diese Erwägungen zunächst nur für die Sozialwissenschaftler selbst von größerer Relevanz. In handfesteren Ausdrucksformen, die meist noch nicht die wissenschaftliche Integrität eines Faches in Frage stellen, ergeben sich jedoch heute bereits zahlreiche Probleme speziell bei der Anwendung von Wissenschaft. Ein Bericht über die Lage der Wirtschaft mag mit noch soviel sachlicher Distanz zu den politischen Gegensätzen des Tageskampfes erarbeitet sein, seine Wirkung ist sicherlich nicht neutral. Die Mehrzahl der Sozialwissenschaftler dürfte politisch und sogar oft weltanschaulich engagiert genug sein, um in solchen Situationen einen Rollenkonflikt zu erleben.

Es ist vor allem unter Adepten der Bewußtseinsmode „progressiv“ üblich geworden, von Wissenschaftlern ein Nachdenken (auf Progressiv-Deutsch

„reflektieren“) über die Wirkung seiner Befunde zu verlangen – mit der Implikation, aus dem Nachdenken die politisch und moralisch richtigen Schlüsse zu ziehen. Und die Ergebnisse dieser Überlegungen soll er im „group-think“ des lokalen Fachbereichs aussprechen (auf Progressiv-Deutsch „artikulieren“).

Intellektuell gehört die Voraussage der Wirkungen und Fernwirkungen einer Forschung zu den schwierigsten und unsichersten Aufgaben – falls solche Fragen nicht per ideologischem Fiat entschieden werden! Diejenigen, die diese „progressive“ Verpflichtung sowohl zur richtigen Erkenntnis wie auch zur richtigen Moral fordern, haben jedoch nicht die empirischen Schwierigkeiten einer Prognose der Wirkungen einer Forschung oder wissenschaftlichen Aussage im Sinne. Es sei auch einmal unterstellt, daß die Emanzipatoren das nicht meinen, was an sich aus solchen Formulierungen in Hochschulgesetzen und Feuilletons gefolgert werden könnte: Nämlich etwas so Bristantes wie Wissenschaft dürfe nur von moralisch und politisch richtig („emanzipatorisch“) denkenden Leuten betrieben werden. Durchweg verbirgt sich jedoch hinter einer solchen Forderung die gewöhnlich „unreflektierte“ Vorentscheidung, im Konflikt zwischen der Rolle Wissenschaftler und der Rolle Bürger mit politischen und ideologischen Sympathien der Rolle Bürger den Vorrang zu geben.

Gewiß läßt sich wissenschaftlich nicht begründen, welcher Rolle der Vorrang zu geben ist. Es läßt sich jedoch als eine wenigstens im Prinzip wissenschaftlich entscheidbare Aussage angeben, welche Wirkung für die Veranstaltung: Wissenschaft die Vorentscheidung für eine der beiden Rollen haben wird: Würde sich die Auffassung vom Primat der Rolle Bürger als Verpflichtung für die Sozialwissenschaften durchsetzen, so wären längerfristig die Wirkungen analog denen einer weltanschaulichen und interessenpolitischen Verpflichtung dieser Wissenschaften.

Selbst wenn ein Wissenschaftler sich als Maxime für sein Verhalten für den allgemeinen Primat der Rolle Wissenschaftler entscheiden sollte, so ist damit im Einzelfall der Konflikt keinesfalls aufgehoben. Sozialwissenschaftler haben nicht so brisante Ergebnisse anzubieten wie Genetiker, Chemiker oder Physiker. Für die Zuteilung legitimer Macht kann aber eine Vorwahluntersuchung mitentscheidend wirken. Die Entscheidung, ob unter diesen Umständen das Ergebnis einem politischen Gegner zugänglich sein soll, kann als erneutes Abwägen zwischen den beiden Rollen Wissenschaftler und Bürger dem Wissenschaftler niemand abnehmen – am wenigsten die Wissenschaft selbst.

Mit dieser Problemstellung ist eine Aporie ausgemacht: In einem Sozialsystem mit pluralistischen Werten ist nicht mehr sicher, an welchen Werten sich Wissenschaftler orientieren. Die Wissenschaft hat Wirkungen, die andere Menschen eventuell in einer aktuellen Situation nachteilig treffen könnten (eine Partei, eine Interessengruppe, eine Minorität). Als Veranstaltung muß die Wissenschaft jedoch von den Verpflichtungen des Tageskampfes ausgenommen sein; Bindung an die für die Gegensätze des Tages relevanten Werte würde die Wissenschaft auf tagespolitische Nützlichkeit reduzieren. Die Sozialwissenschaften dürften unter der Auseinandersetzung über diese Aporie besonders stark leiden.

### **Die Propaganda mit Wissenschaft**

Für die in die Auseinandersetzungen des Tageskampfes verwickelten Personen, Gruppen und Instanzen ist heute schon eine andere Problematik der Sozialwissenschaften von Bedeutung: die Propaganda mit Wissenschaft. Angesichts der Autorität von Wissenschaft ist es verständlich, wenn ihre Ergebnisse propagandistisch ausgewählt und verbreitet werden.

In den Sozialwissenschaften sind Ergebnisse sehr oft von spezifischen forschungstechnischen Entscheidungen abhängig — etwa der Formulierung von Fragen, der Art der Berechnungstechnik oder der Auswahl von Indikatoren. Daraus folgt, daß sich propagandistische Nutzung von Ergebnissen nicht beschränken muß auf Einseitigkeiten bei der Auswahl und Darbietung. Es können auch Ergebnisse auf Bestellung geliefert werden. Im Prinzip wäre diese propagandistische Nutzung durch Widerspruch korrigierbar — sei es durch die Wissenschaftler selbst oder durch die streitenden Parteien. Hierzu ist notwendig, daß mehrere Personen Zugriff zu dem gleichen Typ von Informationen haben müssen — und dies ist im Prinzip durchaus organisierbar und in erheblichem Umfang bereits gegeben.

Dieses zuletzt erwähnte Korrektiv setzt voraus, daß sich Sozialwissenschaftler durchweg als Wissenschaftler verhalten — also z. B. Untersuchungen so anlegen, daß verschiedene Ergebnisse möglich sind. Die Re-ideologisierung unseres Alltags und die Versuchung einer Theologenfunktion haben jedoch zur Folge gehabt, daß zunehmend auch empirische Forschung mit polemischer Intention betrieben wird. Ein vorentschiedenes Ergebnis wird dann lediglich empirisch illustriert. Wer heute verschreckt ist über den ideologischen und polemischen Gebrauch von Empirie und von Forschung allgemein, der wird allerdings auch zugeben müssen, daß sich bei näherer Prüfung von früheren Forschungen er-

weist: Bereits damals waren die Sozialwissenschaften oft weniger „wissenschaftlich“, als es ihrem Selbstbild entsprach. (Ein Beispiel in der Soziologie sind die verschiedenen Skalen, Tests und Typologien, die im Effekt andere Menschen gemäß ihrer Distanz zum „liberalen“ Soziologen als einem Maßstab für Vernunft und Vorurteilslosigkeit klassifizierten.) Die ideologischen Vorentscheidungen waren in ihren Schwerpunkten in den verschiedenen Fächern durchaus unterschiedlich, in der Soziologie gewiß „linker“ als in der Nationalökonomie. Ungeachtet der Richtung der Vorentscheidung war jedoch den verschiedenen Fächern gemein, daß diese ideologische Bindung implizit war und den Wissenschaftlern selbst unklar blieb. Heute wird ein Typus von Sozialwissenschaftler häufig, der es zumindest als sein Recht, oft auch als seine Pflicht, ansieht, Forschung im Sinne seiner bewußten ideologischen Vorentscheidung polemisch zu nutzen. Es wäre sehr verwunderlich, wenn dies nicht zunehmend Gegensätze innerhalb der Sozialwissenschaften aufreißen würde, die nicht mehr mit den antiquierten Etiketten Empiriker versus Theoretiker faßbar sind. (Sie waren es der Sache nach übrigens nie!)

### **Präzisierung der Probleme**

In der öffentlichen Diskussion reduziert sich die Problematik der Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Politik weitgehend auf einige Problemstellungen. Die Diskussion um die „Verwertungsinteressen“ und um die sogenannte „technokratische Verkürzung“ der Erkenntnismöglichkeit von Wissenschaft sind solche Themen. Ich wollte aufzeigen, daß diese Problemstellung nur ein Ausschnitt aus der grundsätzlichen Spannung zwischen Politik und Sozialwissenschaften ist. Dabei glaube ich, daß die Sozialwissenschaften als Wissenschaften von den hier angesprochenen Problemen und Entwicklungen in ihrer Identität als Wissenschaft stärker tangiert werden als durch die Probleme, die bereits Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind.

Vielleicht ist es ein ungewollter und nützlicher Effekt der Versuche, Sozialwissenschaften ideologisch in Pflicht zu nehmen (durch Politiker, Interessengruppen oder Sozialwissenschaftler selbst), die ideologischen Vorentscheidungen von Sozialwissenschaftlern deutlicher werden zu lassen. Die Erfahrungen der Nationalökonomien als Vertreter einer Wissenschaft, deren Anwendbarkeit schon länger anerkannt ist und deren Auswirkungen auf politische Tagesinteressen als Tatsache nicht fraglich ist, könnten helfen, das oft noch vordergründige Verständnis von Problemen der Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft in den anderen Sozialwissenschaften zu präzisieren.